

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

Politik und Sicherheit

Chinas Einmarsch in den Norden Vietnams — Junktim mit der Intervention Vietnams in Kamputschea — Drei Resolutionsentwürfe — Sowjetisches Veto (28)

(Die folgenden Ausführungen setzen den Bericht in VN 1/1979 S.27f. fort.)

Als zweiten Akt der vierten Neuinszenierung eines 30 Jahre alten Kriegsdramas mit wechselnden Hauptdarstellern auf gleicher Bühne, so könnte man den am 17. Februar 1979 erfolgten Einmarsch Chinas in den Norden Vietnams bezeichnen. Wie wenig den unmittelbar am Konflikt Beteiligten an einer Erörterung dieser kriegerischen Auseinandersetzung gelegen war, beweist die Tatsache, daß keiner von ihnen die Initiative ergriff, um die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat zu bringen. Auch kein Staat der Dritten Welt oder aus der im weiteren Sinne betroffenen Gemeinschaft südostasiatischer Nationen (ASEAN), die über das Eingreifen Vietnams in Kamputschea noch in äußerster Sorge war, konnte sich dazu durchringen. Angesichts der direkten oder indirekten Beteiligung zweier Großmächte (China und Sowjetunion) hielten sie es für angebracht, sich zurückzuhalten. Tagelang hielt die Welt den Atem an, ob es nicht doch zu einem umfassenden Schlagabtausch zwischen den beiden kommunistischen Giganten kommen würde.

Dennoch trat der Sicherheitsrat erst am 23. Februar (auf Antrag der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Norwegens und Portugals (UN-Doc.S/13111)) zusammen. Um zu verhindern, daß einer der beiden Hauptkontrahenten der Sitzung von vornherein fernbliebe, wurde der Beratungsgegenstand entsprechend weit gefaßt: »Die Lage in Südostasien und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Durch diese Formulierung war die Möglichkeit gegeben, sowohl den Einmarsch Chinas in den Norden Vietnams als auch die Invasion Kamputscheas durch Vietnam zur Sprache zu bringen und möglicherweise sogar ein Junktim zwischen beiden herzustellen. Diese umfassende Gesamtschau der Ereignisse machte sich der amerikanische Delegierte Andrew Young in seinen Ausführungen vor dem Rat am 23. Februar zu eigen, der eine sofortige Feuereinstellung und den Rückzug sämtlicher ausländischer Truppen vom Hoheitsgebiet Vietnams und Kamputscheas forderte, ohne zu präzisieren, wessen Truppen dies im einzelnen sind.

Der bis zuletzt unüberbrückbare Gegensatz zwischen der Sowjetunion und China brach vehement auf, sobald der sowjetische Delegierte (Kharlamov, später Trojanowski) seine bereits als Geschäftsordnungspunkt erhobene Forderung vorbrachte, daß der Sicherheitsrat sich ausschließlich mit der chinesischen Invasion Vietnams befassen solle, die »nicht nur den Frieden in dieser Region, sondern in

der ganzen Welt« gefährde, und daß die chinesische Aggression nicht mit der inneren Lage in Kamputschea in Verbindung gebracht werden dürfe, da dort das Volk ein »verhaßtes Regime« gestürzt habe. Entsprechend fiel auch der von der Sowjetunion zusammen mit der Tschechoslowakei vorgelegte Resolutionsentwurf (S/13117) aus, in dem eine scharfe Verurteilung Chinas enthalten war, der sofortige Rückzug der chinesischen Truppen aus Vietnam sowie die Ersetzung des verursachten Schadens gefordert wurde und ein Aufruf an alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erging, die Lieferung von Waffen oder die Überlassung militärischer Technologie an China einzustellen.

Während die Sowjetunion ein Junktim und damit die rechtliche oder tatsächliche Gleichbehandlung beider bewaffneten Konflikte mit dem Hinweis auf den internen Charakter der Vorgänge in Kamputschea ablehnte, wobei sie die massive Beteiligung vietnamesischer regulärer Truppen schlichtweg in Abrede stellte, lehnte auch China zwar nicht die gleichzeitige Erörterung, aber doch die unterschiedslose Gleichstellung beider Vorgänge mit dem Argument ab, bei seinem Vordringen auf vietnamesisches Territorium handele es sich um einen »begrenzten Gegenschlag zur Selbstverteidigung« angesichts zahlreicher vietnamesischer Grenzprovokationen, der sich vollkommen von den vietnamesischen Bemühungen unterscheide, Kamputschea als weiteres Sprungbrett für eine Expansion in Südostasien zu »annektieren«. In dem von China vorgelegten Resolutionsentwurf (S/13119) wurde daher Vietnam verurteilt und gleichzeitig aufgefordert, seine »militärische Okkupation des Demokratischen Kamputschea« zu beenden. In dem Entwurf wurde Vietnam außerdem dazu gedrängt, mit Kamputschea in Verhandlungen zwecks Lösung der beiderseitigen Probleme zu treten.

Die chinesische Version der Vorgänge in Kamputschea wurde von dem Vertreter des Demokratischen Kamputschea bestätigt, der berichtete, daß sein Land in den beiden letzten Monaten Opfer einer äußerst grausamen Aggression, Invasion und Besetzung seitens Vietnams geworden sei. Die in Phnom Penh gebildete Regierung sei nichts anderes als eine vietnamesische Provinzverwaltung. Während der Rede des Vertreters der Pol-Pot-Regierung verließ der sowjetische Vertreter den Saal, um seine Nichtanerkennung der für ihn nicht mehr existenten Regierung zum Ausdruck zu bringen. Der zu Beginn der zweiten Indochinadebatte dieses Jahres von der Sowjetunion unternommene Vorstoß, die Teilnahme eines Vertreters der Pol-Pot-Regierung durch Infragestellung seiner Vertretungsbefugnis und seiner Vollmachten zu verhindern, war bereits im Ansatz gescheitert.

Obwohl der Generalsekretär am 5. März offiziell von der chinesischen Regierung

davon in Kenntnis gesetzt worden war, daß sich alle chinesischen Truppen von diesem Tage an auf chinesisches Gebiet zurückziehen würden, wurde die Erörterung der Lage in Südostasien Mitte März mit der Behandlung eines von den Mitgliedern der ASEAN-Gruppe (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand; keiner dieser Staaten gehört derzeit dem Sicherheitsrat an) eingebrachten Resolutionsentwurfs (Text s. S. 110 dieser Ausgabe) fortgesetzt. Die »bewaffnete Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Demokratischen Kamputschea und der bewaffnete Angriff gegen die Sozialistische Republik Vietnam« wurden darin zutiefst bedauert und mit dem Aufruf an die am Konflikt beteiligten Staaten und die Länder außerhalb der Region verbunden, sich äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen und sich jeder Handlung zu enthalten, die zu einer Ausweitung des Konflikts führen könnte. Die am 16. März auf Antrag Norwegens erfolgte Abstimmung erbrachte 13 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen: Tschechoslowakei und Sowjetunion (die wegen ihrer Eigenschaft als Ständiges Ratsmitglied diesen Entwurf somit zu Fall brachte). Es war das zweite sowjetische Veto binnen zwei Monaten. Die Begründung des sowjetischen Vertreters war nicht neu. Der Resolutionsentwurf setze die chinesische Aggression mit der Lage in Kamputschea praktisch gleich, was darauf hinausliefe, daß der Aggressor »über den gleichen Kamm geschoren« werde wie das Opfer der Aggression, nämlich Vietnam.

Zwar hatte China der deutlich abgeschwächten Formulierung des Entwurfs der ASEAN-Staaten seine Zustimmung nicht verweigert (trotz des dort geäußerten Bedauerns über den »bewaffneten Angriff gegen ... Vietnam«) — dennoch zeigte es sich einmal mehr, daß der Sicherheitsrat nicht der geeignete Ort zur Lösung von Konflikten unter seinen Ständigen Mitgliedern ist. STJ

33. Generalversammlung: Das Südafrika-Problem — Forderung nach Oilembargo, Verurteilung westlicher Industrieländer wiederholt — Apartheid im Sport (29)

(Die folgenden Ausführungen setzen teilweise den Bericht in VN 2/1978 S.63f. fort; siehe zur Ergänzung VN 2/1979 S.64f.)

Südafrika stellt noch immer eine schwerwiegende Bedrohung des Weltfriedens dar; ermöglicht wird diese Bedrohung in dessen durch die fortgesetzte vielschichtige Zusammenarbeit führender westlicher Industriestaaten mit Pretoria im wirtschaftlichen und auch im nuklearen sowie militärischen Bereich. Dies jedenfalls stellte die 33. Generalversammlung mit großer Mehrheit in ihrer (im Januar wiederaufgenommenen) Südafrika-Debatte fest. Die rassistische Diskriminierung in Form der südafrikanischen Apartheid ist gewissermaßen ein fester Tagesordnungspunkt, seit auf der ersten Tagung der Generalversammlung 1946 Indien gegen die diskriminierende Behandlung indischstämmiger Südafrikaner Beschwerde führte und Südafrika wenig später die institutionalisierte Apartheid zur offiziellen Politik erhob.

I. Die Serie der hierzu von afro-asiati-